

mentarische Rat zog 1949 die Konsequenzen: Die Bonner Demokratie gibt dem Volkssouverän nur einmal in vier Jahren die Chance zur Mitsprache – bei den Wahlen.

„Im Lichte der friedlichen Revolution“, meint Rupert Scholz, Ex-Verteidigungsminister und Staatsrechtsprofessor, sei es immerhin nachdenkenswert, „ob nicht das rein repräsentative System durch die Möglichkeit zu Volksentscheiden aufzulockern sei“.

Auch Benda, derzeit Professor für Öffentliches Recht in Freiburg, meint, „die negativen Auswirkungen“ der Weimarer Verfassung würden „überschätzt“. Über komplexe Themen, etwa Nachrüstung oder Atomkraftwerke, könne allerdings „nicht emotional entschieden werden“.

Der Vorschlag des Grünen Joschka Fischer, den Präsidenten des einheitlichen Deutschland künftig vom Volk direkt wählen zu lassen, hält Benda durchaus für diskussionswürdig. Nach Fischers Vorstellung hätte der Präsident dann „eine eigene Legitimation und wäre nicht von Kanzlern oder Parteien Gnaden abhängig“; er könnte ungenierter Positionen gegen die Regierung beziehen – eine Aussicht, die Richard von Weizsäcker durchaus gefällt.

Bei allem Verständnis für die DDR-Opposition: Die Chancen für die Verwirklichung der nostalgisch gefärbten Ideen in einer gesamtdeutschen Verfassung stehen schlecht. Zu sehr haben sich die Regierenden in Bonn an die starke Machtposition gewöhnt, die ihnen die repräsentative Demokratie verleiht. Stimmungen im Volk lassen sich leicht demoskopisch ermitteln und, bei Bedarf, auch beherzigen. „Jede Revolution“, so Staatssekretär Kinkel kühl, „führt schließlich doch zu einer repräsentativen Demokratie.“

Auch die Garantie der sozialen Sicherung stößt, trotz aller Ängste in der DDR, auf erhebliche Schwierigkeiten. Die drängendsten Sorgen wegen des Eigentums will zwar auch die Bonner Regierung alsbald angehen, einem Ausbau des verfassungsrechtlichen Sozialstaatsgebots aber wird sich die christliberale Koalition widersetzen.

Nach Plänen aus dem Justiz- und Finanzministerium sollen Enteignungen von Großgrundbesitz nach der Bodenreform und auch von Großunternehmen als Rechtens anerkannt werden. Auch eine Entschädigung ist nicht vorgesehen. Die Hausbesitzer und die Eigentümer von kleineren Betrieben können hingehen, weil deren Enteignung als rechtswidrig gilt, grundsätzlich Ersatz erwarten und in Einzelfällen sogar die Rückgabe verlangen.

Kündigungs- und Mietgesetze der Bundesrepublik sollen vorerst auf keinen Fall in der DDR gelten. Zur Beruhigung wird Kanzler Kohl, so heißt es,

bald eine entsprechende Erklärung abgeben. Benda hat vorgeschlagen, eine derartige Bestandsgarantie „mit Verfassungsrang“ auszustatten, um so eine „aus dem Ruder geratene Situation“ wieder zu stabilisieren.

Die Wünsche der Sozialdemokraten reichen weiter: Die grundgesetzliche Sozialbindung des Eigentums soll zu Lasten privatrechtlicher Nutzung verstärkt werden, und zwar im Miet- und im Bodenrecht. Die SPD möchte die Chance eines neuen Anfangs nutzen, Demokratie in der Wirtschaft, im Betrieb und am Arbeitsplatz zu stärken. Mitbestimmung, Tarifautonomie, Streikrecht und Verbot der Aussperrung sollten möglichst in der neuen Verfassung verankert werden.

Ob ein Grundrecht auf Arbeit und Wohnung sinnvoll wäre, darüber besteht auch in der SPD keine einhellige Meinung. Selbst Vogel sagt, dies seien eher kaum einklagbare „moralische Rechte“. Nach Ansicht von Scholz sind sie immerhin als „Auftrag des Sozialstaats“ zu verstehen. Bleibt mit einiger Aussicht auf Erfolg nur eine Neuerung: Umweltschutz als Staatsziel.

Um all diesen schwierigen Diskussionen erst einmal zu entgehen, hat die Union eine Patentlösung parat. „Erst die Wiedervereinigung, dann die Probleme lösen“, so die Empfehlung Wighard Härdtels, des Leiters der Arbeitsgruppe „Deutsche Einheit“ im Innenministerium. „Sonst kommen wir nie zu Potte, oder die Leute sind alle hier, wenn wir die Wiedervereinigung endlich haben.“

Die große Frage: Bleiben sie dann wirklich drüben?

Rechtsextremisten

## Ans Messer geliefert

Obwohl die rechtsextremen Republikaner in der DDR verboten sind, halten sich Polizei und Staatsanwaltschaft vorerst zurück.

Die Versammlung glich einer Verschwörung. Die Teilnehmer hatten von der Einladung per Mundfunk erfahren, Notizen durfte nur der Schriftführer machen. Das knappe Protokoll existiert bloß in einer Ausfertigung, es wird in einer versteckten Stahlkassette unter Verschluss gehalten.

Die Geheimniskrämerei erschien den 18 Bürgern ratsam, die sich im DDR-Städtchen Eilenburg in einer Hinterhofwerkstatt zusammengefunden hatten. Die Runde gründete den Ortsverein einer Partei, der in der DDR jegliche Aktivitäten untersagt sind: der Republikaner (Rep).

Ungeachtet des offiziellen Verbots sind Ost-Ableger der rechtsextremen Partei des Münchner Nationalpopulisten Franz Schönhuber, 67, nicht nur in Eilenburg aktiv. Konspirativ in privaten Zirkeln und Volkshaus-Hinterzimmern, aber auch demonstrativ auf öffentlichen Kundgebungen machen sich DDR-Bürger landesweit für die Rechtspartei stark.

Schönhuber hat eigens einen „Mitteldeutschland“-Beauftragten ernannt, den Bad Tölzer Kreisvorsitzenden Reinhard Rade, 25. Beinahe jede Woche, behauptet



Republikaner-Demonstranten in Leipzig: „Raus aus D“

tet der smarte Jung-Rep, müsse er überreisen, um bei der Organisation von Ortsgruppen zu helfen. Rep-Aktivisten werde bei der traditionellen Montagsdemonstration in Leipzig, frohlockt Schönhuber, das „Infomaterial beinahe aus den Händen gerissen“.

Nahezu täglich, verkündet die Münchner Zentrale, gingen Aufnahmeanträge von drüben ein, zunehmend werde die Gründung neuer Ortsvereine registriert. Schon jetzt, erklärt Parteisprecher Karl Richter, seien „einige tausend Parteimitglieder in mindestens 30 funktionierenden Rep-Verbänden“ organisiert.

Die rechten Parolen fallen auf fruchtbaren Boden. Die Unterdrückung von Nationalgefühl und die Frustration über ständige Bevormundung haben einen verkappten Rechtsextremismus wachsen lassen, der sich seit der Wende bei etlichen Ostdeutschen in blankem Haß auf alles Linke und in offener Ausländerfeindlichkeit („Polacken raus“) entläßt.

Der DDR-Regierung ist Schönhuber nicht willkommen. Der Rep-Chef bemüht sich seit Anfang des Jahres, auf die staatsmännische Tour einzureisen. Doch trotz Diplomatenpaß, der ihm als Mitglied des Europaparlaments zusteht, mußte der Ober-Rep wegen seiner „faschistischen Tätigkeit“ (Ost-Grenzer) bislang draußen bleiben. Trotzdem hat er es jenseits der Grenze zu einer größeren Anhängerschaft gebracht.

Aus den Volkskammerwahlen am 18. März, träumte Schönhuber nationalelig, werde seine Truppe als eine der stärksten Fraktionen hervorgehen. Die Münchner Parteizentrale rechnete bereits mit einem „realistischen Stimmenanteil“ (Richter) von an die 20 Prozent.

Daraus wird nun wohl nichts. Dem Volkskammer-Beschluß von Anfang Februar, die Repse wegen neofaschistischer Aktivitäten zu verbieten, folgte vorige Woche ein förmliches Regelwerk: Nach dem neuen Parteiengesetz sollen in der DDR alle Parteien verboten sein, die ausländerfeindliche, faschistische oder militaristische Ziele verfolgen.

Den Reps werden keine öffentlichen Veranstaltungen mehr genehmigt, jegliche Propaganda für die Rechtspartei ist verboten. Doch das Veto hat die Ost-Reps, die letzten Freitag sogar demonstrativ ihre Zulassung zur Wahl beantragten, nur wenig behindert.

Schönhubers Ost-Ableger rackern unverdrossen weiter und bringen ihre Parolen, wie etwa jüngst in Leipzig, stiekum unters Volk. So verklebten Unbekannte im Neubauviertel Mockau Telefonzellen, Laternenpfähle und Hauswände mit Rep-Aufrufen: „Wiedervereinigung jetzt“. Und im Kreis Borna registrierte die Volkspolizei letzte Woche „massive Briefwurfsendungen“ der Reps.

Den Propaganda-Nachschub aus dem Westen sichern vor allem Schönhuber-



**Republikaner-Beauftragter Rade**  
Gasfeuerzeuge eingeschleust

Adlatus Rade und Helfer. „An die fünf Tonnen“ Material, vom Gasfeuerzeug mit Rep-Rauten bis zum 20 Meter langen Transparent („US und SU raus aus D“) wollen Rade und Gesinnungsfreunde schon in Privatwagen übergekarrt haben. Den Ost-Grenzern erklärten Wahlkämpfer, sie befänden sich bloß im Transit nach West-Berlin.

Entwicklungshilfe leisten auch westdeutsche Ortsgruppen. Bayreuths Republikaner etwa unterstützen den Ortsverein Eilenburg nicht nur durch Hilfspakete mit Aufklebern und Aufnahmeformularen, sie haben auch die Lieferung eines Fotokopierers zugesagt.

Bestärkt von den West-Reps, bekennen sich etliche Aktivisten trotz Parteiverbots zu ihrer Gesinnung und kämpfen für die Anerkennung ihrer Partei. Der Pegauer Parteichef Steffen Ruckdäschel, 24, streitet für einen Rep-Stuhl am Runden Tisch seines Kreises. Der Eilenburger Ortsvorsitzende Ulrich Sorek, 46, will vor Gericht ziehen, um die Genehmigung einer „politischen Informationsveranstaltung“ über die Republikaner einzuklagen.

Strafrechtliche Konsequenzen brauchen die Rep-Bekenner bislang kaum zu fürchten. Daß bei einem Aktivisten tatsächlich einmal Polizei und Staatsanwaltschaft vor der Tür stehen wie jüngst beim Rep-Chef von Torgau, ist die Ausnahme. Etliche Polizeibehörden stehen dem Parteiverbot noch ähnlich skeptisch gegenüber wie der Eilenburger Polizeichef Stephan Fritzsche. „Die Zeiten der Gesinnungsjustiz“, erklärt der Oberstleutnant seine Zurückhaltung, „sind doch nun endlich vorbei.“

Eingriffe von Fritzsches Beamten beschränken sich auf symbolische Aktionen. Flugblätter und Plakate, die Streifen entdecken, werden „eingezogen und vernichtet“. Selbst wenn bei der Leipziger Montagsdemonstration Republikaner mit Neonazis und Skinheads einen militanten braunen Block bilden, läßt die einst so schlagfertige Volkspolizei die Rechtsextremisten gewähren.

Ungehindert können Scharfmacher wie Rade seit Wochen ganze Kofferraumladungen mit Plakaten („Sozialismus ist Beschlußmus“), Aufklebern und Flugblättern unters Volk werfen. Daß einige Demonstranten die Hand zum Führergruß recken und „Juden raus“ rufen, stört Rade nicht: „In harten Zeiten kann man sich nicht aussuchen, wer neben einem steht.“

Mehr als die strafrechtliche Ahndung fürchten DDR-Reps die soziale Ächtung. Wer sich als Republikaner bekenne, klagt das Leipziger Rep-Vorstandsmitglied André Böлке, 20, müsse mit Kündigung rechnen. Ihn etwa habe sein Meister, ruck, zuck, rausgeschmissen, als er von den Aktivitäten des Elektrikers erfuhr. Und der Eilenburger Republikaner Sorek klagt, seiner Schlosserei sei wohl wegen der Arbeit für die Reps ein zugesagter staatlicher Auftrag entzogen worden.

Um ihre Mitstreiter vor Nachteilen zu bewahren, halten die Ortschefs Mitgliederlisten und Protokolle streng unter Verschuß. „Es reicht“, begründet Vorkämpfer Ruckdäschel die Geheimnistuerei, „wenn einer ans Messer geliefert wird.“

Noch sind überzeugte Ost-Reps wie Sorek zuversichtlich, daß ihre Rechtspartei doch noch zugelassen wird, „spätestens nach den nächsten Wahlen“. Für den Fall, daß die Republikaner illegal bleiben, will der Rep ins Exil fliehen. Sorek: „Dann geh' ich rüber.“

Presse

## Ein wenig osten

Die linksalternative taz lief allen Konkurrenzblättern davon – beim Start der ersten deutsch-deutschen Tageszeitung.

**S**tündlich pendelt ein Fahrradbote zwischen zwei Altsiedelhäusern in West- und Ost-Berlin. Weil es noch an geeigneten Datenleitungen zwischen den Stadthälften fehlt, versorgt der Radler die Mitarbeiter des ersten gesamtdeutschen Zeitungskombinats wechselseitig mit Texten und Bildern: die Ost- und die Westredaktion der linksalternativen Tageszeitung (taz).

Am Montag dieser Woche startet eine 16seitige DDR-Ausgabe der taz mit ei-